

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
1. Außerordentliche Tagung des 3. Landesparteitages
24.09.2011, Bürgerhaus Güstrow

Beschluss

Für Mindestlöhne, für gute Bildung, für lebensfähige Kommunen – mit aller Kraft für unser Land

Der Landesverband DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern wird in den kommenden fünf Jahren eine konsequente außerparlamentarische und parlamentarische Oppositionsarbeit leisten. Grundlage dafür ist das am 9. April 2011 beschlossene Landeswahlprogramm mit seinen Schlüsselvorhaben.

Der Landesvorstand wird beauftragt, umgehend eine Volksinitiative zur Durchsetzung eines Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde bei öffentlichen Aufträgen vorzubereiten.

Darüber hinaus werden wir außerparlamentarische und parlamentarische Initiativen einleiten, um auf der Basis des 10-Punkte-Sofortprogramms einen echten Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Diese 10 Punkte sind:

1. Erarbeitung der Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2012/2013 mit der Priorität Bildung; dazu gehört u. a. die Einführung einer Haushaltskennziffer „Bildungsquote“
2. Aufnahme der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über einen Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen zur grundlegenden Neugestaltung der Finanzbeziehungen und anschließender Novelle des Finanzausgleichsgesetzes
3. Soforthilfe für die Theater und Orchester
4. das Landesvergabegesetz mit dem Ziel zu novellieren, dass öffentliche Aufträge nur zu Mindestlohnbedingungen von 10 Euro pro Stunde vergeben werden
5. Ausarbeitung und Diskussion eines Programms „MV hat Zukunft: Fachkräfte sichern und sozialen Zusammenhalt fördern“
6. sozial-ökologischen Umbau meistern: Überarbeitung der energiepolitischen Leitlinien des Landes und Vorbereitung eines Darlehensfonds für sozial-ökologische Innovationen
7. Verhandlungen mit dem Bund einleiten zur Übernahme ehemals volkseigener Flächen in das Eigentum des Landes MV
8. Landeskonversionsprogramm erarbeiten als präventive Strategie zu bevorstehenden Standortschließungen der Bundeswehr
9. Bundesratsinitiative zur Angleichung der Renten in Ost und West
10. Bundesratsinitiative für die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens